

Siegfried Freick:
 Die Währungsreform 1948 in
 Westdeutschland. Weichenstellung
 für ein halbes Jahrhundert,
 Schkeuditzer Buchverlag
 Schkeuditz 2001, 148 S. (9 €)

2003 jährt sich zum 55. Mal die Währungsreform vom 20./21. Juni 1948 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die trotz gegenteiligen Versprechens von General Clay am 23. Juni ebenfalls in Westberlin durchgeführt wurde, und die Sowjetische Militäradministration (SMAD) zwangen, am gleichen Tage durch den Befehl 111 einen entsprechenden Geldumtausch auch in der sowjetischen Zone und Ostberlin folgen zu lassen. Die acht Kapitel der zwei Teile *A. Zur Vorgeschichte der Währungsreform* und *B. Das System der Reformmaßnahmen* des Buches sind spannend und reich an Details, an die sich viele nicht mehr erinnern werden, die den später Geborenen unbekannt sein dürften.

Zeitzeugen von damals werden Aha-Erlebnisse haben, wenn sie die sorgfältig recherchierte Vorgeschichte zur Währungsreform lesen und Vergessenes auffrischen. Viele Einzelheiten belegen, wie die USA von ihrer ursprünglich harten Nachkriegskonzeption für Deutschland mit diversen Vorstellungen zur politischen Zerstückelung und wirtschaftlichen Entmachtung abgingen, was im Herbst 1944 zu einer Wende führte, die auf Erhaltung der Einheit der deutschen Wirtschaft hinwies und nach dem damaligen stellv. Außenminister Stettinus »Deutschland nicht derartig schwächen« sollte, »daß es sich nicht mehr erheben kann« (S. 25 ff.). In diese veränderte Kriegszielpolitik waren auch Überlegungen für die »Vorbereitung und Durchführung der Währungsreform in den Westzonen Deutschlands« eingebunden. (S. 26) Die dazu angeführten Aussagen von Churchill, Truman u. a. belegen nach Meinung des Autors, »...so kurios das heute auch erscheinen mag, daß es die im Kriege gewachsene Macht der UdSSR gewesen ist«, die »Deutschlands westliche Besatzungszonen vor den Bedingungen eines harten Friedens bewahrt« hat. Wirtschaftsrepressionen, Verdrängung vom Außenmarkt, Entmili-

tarisierung, Entnazifizierung hielten sich in Grenzen, damit man die darin vorhandenen Potentiale möglichst schnell wieder reaktivieren konnte. Nach Dokumenten jener Zeit »muß die Gefahr für die Existenz der kapitalistischen Ordnung, die von der Sowjetunion ausging, nicht nur für Deutschland, sondern auch in Europa doch wohl sehr viel größer angesehen worden sein, als wir uns das heute vorzustellen vermögen«. (S. 30)

Freick beschreibt die finanzpolitische Konstellation eines veränderten internationalen Kräfteverhältnisses am Ende des Zweiten Weltkrieges und nennt ca. 240 nachweisbare Pläne für eine Währungsreform (S. 37 ff.), die sich »jedoch den Augen der Öffentlichkeit« entzogen (S. 38). Übrig blieb schließlich der *Homburger Plan* der am 23. Juli 1947 gegründeten *Sonderstelle Geld und Finanzen*, die Ludwig Erhard leitete, der Mann des *Wirtschaftswunders* und spätere Bundeskanzler. Dieser Plan war »de facto das Aktionsprogramm der führenden Kräfte der deutschen Wirtschaft« (S. 41 ff.), deren strategische Zielsetzung in der »Restauration ihrer Macht durch die Spaltung Deutschlands durch eine separate Währungsreform« (S. 47) bestand, um jegliche Einflußmöglichkeiten aus der sowjetischen Zone betr. Entmachtung von Junkertum, Großkapital, Naziführungskräften, Entflechtung der Monopole sowie Entmilitarisierung auf die Westzonen auszuschalten.

Sehr aufschlußreich sind die Abschnitte über die Diskussion, ob und wie Geldvermögen und Sachvermögen in die Währungsreform einbezogen werden sollten. Die Homburger Planer und die anderen Kreise des Großkapitals waren sich nicht sicher, ob die Bevölkerung eine über die Geldreduzierung hinausgehende Geldabschöpfung stillschweigend hinnehmen würde. So verschanzten sie sich hinter den Besatzungsmächten und schoben ihnen die harten Restriktionen zu, die aus der Direktive JCS 1067/6 betr. der Hauptziele der USA-Militärregierung in Deutschland, »...Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt werden, sondern als eine besiegte feindliche Nation...«, (S. 56) leicht abzuleiten waren. Die Abschnitte »4. Politische Voraussetzungen für die Reform« und »5. Die Sicherung der Warendeckung des Neugeldes« behandeln ausführlich, wie die Währungsre-

form in den Westzonen auf die Organisation der Spaltung Deutschlands hinauslief. Das Problem für die Westmächte bestand darin, daß ihr Vorgehen eindeutig dem Potsdamer Abkommen widersprach, aber als solches verschleierte werden sollte. Wie sie das gemacht haben, beschreibt Freick auf S. 63 ff.

Im B-Teil »Das System der Reformmaßnahmen« werden die mit der Währungsreform verbundene Geldumstellung, die Umstellung der Aktien, die Sanierung der Banken, die Liquidierung der Staatsschulden, die Steuerreform und der fiktive Lastenausgleich mit ihren jeweiligen Besonderheiten behandelt. Auszüge aus Gesetzen und Statistiken belegen, wer dabei die Verlierer und wer die Gewinner waren. In der Konsequenz wurde das Geldvermögen der Bürger nicht 10 : 1 umgewertet, sondern 10 : 0,58, oder anders gerechnet: »von einem durchschnittlichem Wochenlohn von etwa 20 Reichsmark blieben also 1,16 DM in neuem Geld« (S. 93). Insgesamt hatte die Bevölkerung einen Verlust ihres Geldvermögens von 94,2 % zu tragen. Die Gesetzgebung zur Neufestsetzung des Aktienkapitals dagegen hatte zur Folge, daß sich für den »Durchschnitt aller Aktiengesellschaften ... ein bilanzierter Umstellungsverlust des Grundkapitals von 4,8 %« ergab (S. 109). Bei Eliminierung der enormen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden erreichten Aktiengesellschaften sogar eine Erhöhung ihres Eigenkapitals um 7,5 % (S. 113).

In seinem Fazit kommt Freick zu der Aussage, diese Währungsreform wurde »mit rigoroser Härte gegen die Bevölkerung realisiert und führte so zu Ergebnissen, die für das deutsche Großkapital kaum günstiger hätten sein können« (S. 136). Was er im Nachwort im Vergleich mit dem Rückgang der Kaufkraft der DM von 1950 bis 1999 auf weniger als 20 % – bei gleichgebliebenem Stolz auf die angeblich *harte* D-Mark – über die zu erwartende Entwicklung durch die Einführung des Euro schreibt, läßt wenig Hoffnung aufkommen. Im Juni 2003 ist mit jubelnden Politikern und Medien über das Mysterium der Währungsreform von 1948 zu rechnen. Wer dem sachgerecht folgen will, sollte rechtzeitig das Buch von Freick lesen.

WOLFGANG TRIEBEL

Wolfgang Schivelbusch:
Die Kultur der Niederlage.
Der amerikanische Süden 1865 –
Frankreich 1871 –
Deutschland 1918,
Alexander Fest Verlag Berlin
2001, 464 S. (35,50 €)

Als die Vereinigten Staaten 1917 in den 1. Weltkrieg gegen die Militärmonarchien Mitteleuropas unter der Flagge der Demokratie eintraten, da stand mit Woodrow Wilson erstmals seit der Niederlage im Bürgerkrieg ein Südstaatler an der Spitze des Landes. Nun war man auf der moralisch besseren Seite, ohne seine eigene Südstaaten-Identität aufgeben zu müssen, hatte es geschafft (und die Schwarzen weiter unterdrückt). »Fünfundzwanzig Jahre nach der Niederlage bot sich die Gelegenheit, den moralischen Makel auf den nun aktuellen Weltsünder Deutschland zu übertragen. Seite an Seite mit dem damaligen Sieger gegen den neuen Menschheitsfeind zu Felde zu ziehen und so die schon lange angestrebte Aufnahme ins Siegerlager besiegeln. Ein Mechanismus, den nach dem Zusammenbruch von 1945 Deutschland selbst, das heißt das westliche Teildeutschland, mit seiner inbrünstigen West-Identifikation im kalten Krieg nachvollzog und nach 1989 gegenüber der DDR – dem letzten Verlierer – noch einmal genüßlich auskostete.« (S. 47)

Dieser Verweis auf die DDR ist wohl der einzige in Schivelbuschs Analyse dreier historischer Niederlageprozesse, in dem jener aktuelle Bezug durchscheint, den ein ostdeutscher Rezensent fast zwingend in dem ganzen Buch zu fassen glaubt. Denn die drei parallelen Studien und der recht bescheidene komparatistische Ansatz gehen auf abgeschlossene, erledigte Prozesse ein, deren Tragweite historischen Siegern doch eher weit hergeholt scheinen mag und sie nur bedingt zur Vorsicht mahnen läßt. Dabei wird die Verarbeitung der Niederlage der Südstaaten im US-amerikanischen Bürgerkrieg 1861-65 ebenso anregend untersucht wie die Situation Frankreichs 1870-71. Schließlich nimmt der Komplex von deutscher Kapitulation 1918, Revolution, Weimarer Republik und nationalsozialisti-

schem Aufstieg breiten Raum ein. Das sind jeweils kenntnisreiche, gelegentlich verblüffende politische und vor allem sozial-kulturelle Analysen von Prozessen, die für den Sachkenner sowieso, aber auch für den historisch wie politisch interessierten Zeitgenossen eigentlich so verschlüsselt nicht scheinen.

Aber etwas anderes und doch daraus Resultierendes läßt aufhorchen. Schivelbusch deutet in Anlehnung an eine entsprechende Metapher von Ernest Renan kurz nach der Kapitulation von Sedan in den genannten Fällen das *Vae Victis*, das »Wehe den Besiegten«, in ein *Vae Victoribus*, »Wehe den Siegern«, um. Er erinnert, daß nach Niederlagen zunächst eine spannende »Traumphase« die größten Hoffnungen der Verlierer in eine neue Ordnung, wenn auch die des Siegers, aufkeimen ließ, der man sich bereitwillig unterwerfen wollte. Sündenböcke in den eigenen Reihen, die Führer, die versagt haben, wurden bereitwillig dem Volkszorn geopfert. »In diesem Moment ist der äußere Feind nicht mehr der Gegner, sondern fast Verbündeter, mit dessen Hilfe der alte Machthaber und nunmehrige gestürzte Tyrann verjagt werden konnte.« (S. 21/22) Aber schon rasch stellte sich heraus, daß die unterstellte Großmut der Sieger, der Neuanfang nicht griff, daß es Bedrohung, Benachteiligung, Bevormundung, Ehrverletzung gab. Es kommt zum »Erwachen« und dem Begreifen der eigenen Lage, in der nun sehr wohl der Verlust mit dem gewonnenen Frieden aufgerechnet wird. Bestenfalls lautet nun die Einsicht: »Der Sieger hat uns vom Despotismus befreit, wofür wir ihm dankbar sind, aber jetzt kann er gehen.« (S. 25) Die Rettung in die These vom »unlauteren Sieg« der anderen, die mit überlegener Macht, unfairen und unritterlichen Mitteln gesiegt hätten, reaktiviert jene eigene Identität, die in der Niederlage angegriffen, ja aufgelöst war. Die »Helden-Cavaliers« des Südens contra den »Händler-Yankees« aus dem Norden, die Franzosen gegen die »preußischen Schulmeister« und im 1. Weltkrieg die deutschen »Helden« gegen die »Händler« des perfiden Albion, so das immer wiederkehrende, uns bis heute bekannte Muster.

Als Trost bleibt den Verlierern die Überzeugung von der moralischen Überlegenheit und ein Zusammenrücken jenseits sonst trennender Schranken, um sich für eine Revanche zu

wappnen. Sie können sich nach der Apokalypse einer Katharsis unterziehen, einer Läuterung, die ihre moralische Überlegenheit auch praktisch in neue Stärke ummünzt. Nicht als schlichte Rache kommt sie nach Schivelbuschs Überzeugung daher, sondern als eindeutiges Lernen der Besiegten von den Siegern. Sie bauen sich neue Identität wie Stärke auf und holen gegenüber dem Sieger jene Modernisierung nach, deren ursprüngliche Verweigerung oder Nichtmeisterung mitverantwortlich für ihre Niederlage war. Sie erweisen sich dabei als offen für Neuerungen und für einen Lernprozeß, der offensichtlich nicht unbedingt die Kernüberzeugungen und -identitäten preisgeben muß, aber neu untermauert. Die Südstaatler ersetzten Sklaverei durch den vehementen Kampf gegen die politische Gleichberechtigung der Schwarzen, den sie mindestens die folgenden 100 Jahre durchhielten. Frankreich erinnerte sich imperialer Ansprüche und setzte für seinen Wiederaufstieg auf die massive Ausweitung seiner Kolonien. Deutschland schließlich präsentierte sich nicht allein als »Bollwerk gegen die russisch-bolschewistische Flut«, sondern ebenso als Bastion gegen »amerikanische Verflachung« und »Vorkämpfer für die koloniale Welt«. »Die Rolle, die ihnen allen vorschwebte, war die der moralischen Macht, deren die Welt, einschließlich der Sieger, bedurfte, über die jedoch nur sie, die Verlierer, verfügten, weil sie allein durch die Passion gegangen und damit jenseits allen gewöhnlichen Machtgetriebes standen.« (S. 46) Nun sei dahingestellt, ob diese Überhöhung der geistig-moralischen Rolle angesichts der jeweiligen realen Stärke und Macht gerade Frankreichs vor 1914 und schließlich Deutschlands nach der faschistischen Machtergreifung allein ausreicht, aber die Rückkehr auf die politische, in beiden letzteren Fällen gar die weltpolitische Bühne, war evident.

Unter diesen Vorzeichen den Blick auf die Ostdeutschen oder gar die Osteuropäer und die Nachfolger der Sowjetunion zu werfen, läßt spannende und weitgehende Vermutungen aufkommen. Zweifelsohne sind sie ähnlich wie die Südstaaten und noch mehr Deutschland an der Erschöpfung und dem Zusammenfallen der inneren Widerstandskraft in ihren jeweiligen Kriegen gescheitert, nur daß diesmal offiziell nicht geschossen wurde. Die

»Traumphasen« sind sicher in all diesen Ländern längst erledigt. Offen bleibt, was von den Siegern gelernt werden wird, ob sich neue intellektuelle Eliten in dieser Funktion wiederfinden werden – gerade in Ostdeutschland nach dem radikalen Elitenaustausch und ihrer sozialen Liquidation. Werden sie es nur besser, radikaler machen wollen wie die westlichen Kapitalisten und ihre intellektuellen Klopffechter; die russischen Tycoons als die künftigen Superkapitalisten, die nie die Samthandschuhe angezogen hatten und sie also auch nicht ablegen müssen? Oder wird jene Rückerinnerung an zwar diktatorische, undemokratische Zeiten greifen, in denen aber doch sozialistische Ideale in der Gesellschaft eine Rolle spielten und ein menschliches Miteinander ermöglichten? Und wie kann für eine solche sozialistische Renovation jene auch notwendige wirtschaftliche und machtpolitische Stärke geschaffen werden, die utopische Träume erst zu Realitäten dieser Welt macht?

STEFAN BOLLINGER

Jörg Huffs Schmid:
Politische Ökonomie
der Finanzmärkte. Aktualisierte
& erweiterte Neuauflage,
VSA-Verlag Hamburg 2002,
286 S. (16,50 €)
Bernard Cassen, Susan George,
Horst Eberhard Richter,
Jean Ziegler u. a.:
Eine andere Welt ist möglich!
VSA-Verlag Hamburg 2002,
168 S. (8 €)

Die erste Auflage des Buches des Bremer Politökonomen Jörg Huffs Schmid ist bereits 1999 erschienen und war ein Riesenerfolg. Inzwischen ist viel passiert, so daß eine Neuauflage erforderlich wurde, worin sowohl der Börsencrash seit dem Frühjahr 2000, die Ereignisse des 11. September 2001 als auch die globale Finanzkrise Berücksichtigung finden. Dabei unterscheidet sich das Buch von anderen Titeln gleichen Genres durch seinen

marxistischen Erklärungsansatz sowie durch seine radikal-kritische Position, die es in die Nähe der Anti-Globalisierungsbewegung Attac rückt, ja, es gewissermaßen zu dessen Bibel macht. Das Buch ist verständlich geschrieben, übersichtlich aufgebaut und wenig formalisiert. Auch dies trägt dazu bei, es einem großen Leserkreis zu erschließen und für die politische Auseinandersetzung nutzbar zu machen.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert ist der Neoliberalismus in der Offensive und versucht, nicht ohne Erfolg, die seit 1945 zu verzeichnenden Errungenschaften des staatlich regulierten Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft wieder rückgängig zu machen. Obwohl inzwischen offenbar geworden ist, daß die meisten neoliberalen Theoreme praktisch nicht aufgehen und eine entsprechende Politik nur wenigen nützt, ist die neoliberale Offensive keineswegs am Ende. Ganz im Gegenteil: Der Umbau der Weltwirtschaft geht weiter, die Krise vertieft sich, die Polarisierung in der Welt nimmt zu, Konflikte drohen zu Kriegen zu eskalieren. Vor diesem Hintergrund wird klar: Der »finanzmarktgetriebene Kapitalismus« ist nicht nur ineffizient, unsozial und instabil, er ist zudem auch noch »verlogen, korrupt und verrottet« (S. 13). – Es wird also höchste Zeit, ernsthaft über Alternativen nachzudenken. Vor der Alternative steht jedoch die Analyse, wozu dieses Buch einen gewichtigen Beitrag leistet.

Die Hauptthese des Autors ist, daß wir es beim gegenwärtigen Kapitalismus mit einer Verschiebung der Kräfte dergestalt zu tun haben, daß nicht mehr die Produktion den entscheidenden Ausschlag gibt, sondern der Finanzmarkt, die Verteilungs- und Zirkulationssphäre also im Vordergrund steht. Die treibende Kraft dabei sei »der Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment«, die Folge »die Herrschaft der Finanzmärkte« (S. 38). Ausgehend von dieser These, die auch empirisch unterlegt wird, leitet Huffs Schmid dann Schlußfolgerungen ab, die für Bewegungen wie Attac programmatische Bedeutung besitzen. So zum Beispiel die These, daß sich im Verlaufe der letzten zehn Jahre die Rolle der Finanzmärkte von der Finanzierung des Welthandels zu einem reinen Instrument der Spekulation gewandelt habe

(S. 42). Dies belegen folgende Zahlen: Die Devisenumsätze pro Tag beliefen sich 1979 auf 120 Mrd. USD; 1998 aber waren dies 1,5 Billionen USD, also mehr als das Zwölfwache. Damit ist bewiesen, daß der Währungsmarkt heute nicht mehr in erster Linie »ein Hilfsmittel zur reibungslosen Abwicklung des Handels« ist, sondern vor allem ein Mittel der »massiven Währungsspekulation« (S. 51). – So richtig diese Einschätzung ist, der Schluß, den Attac daraus zieht, mit Hilfe einer Steuer, der sog. Tobin-Tax, Sand ins Getriebe der Weltwirtschaft zu streuen, um dadurch die Spekulation zu unterbinden, überzeugt nicht. Schließlich besitzt die Spekulation in der kapitalistischen Ökonomie eine Funktion! Huffschmid argumentiert hier deshalb auch vorsichtiger als seine Jünger. Er möchte die internationalen Finanzmärkte lediglich wieder stärker »unter internationale Kontrolle« bringen und die Währungsgeschäfte wieder stärker »an die Basisvorgänge des internationalen Austauschs von Gütern und Dienstleistungen« binden (S. 51).

Interessant ist die Einschätzung, daß es vor allem die veränderten Verteilungsrelationen infolge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft sind, welche die Finanzspekulationen möglich machen. Die Tatsache, daß immer mehr Volkseinkommen als Gewinn- und Vermögenseinkommen realisiert wird, welches dann weltweit eine rentierliche Anlage und Verwertung sucht, bildet die Basis für die Dominanz der Finanzmärkte und für die Spekulation. Die Akteure sind hier vor allem die großen Investmentfonds, Versicherungen und Banken, kurz: die institutionellen Anleger, die über gewaltige Kapitalmassen verfügen und damit weitweid spekulieren (S. 66 ff.).

Recht anschaulich und plausibel beschreibt der Autor, wie die Weltwirtschaft unter der Vorherrschaft der USA in den letzten zwei Jahrzehnten funktionierte. Bezeichnend dafür waren die Stärke des US-Dollars und die stetige Zunahme des Leistungsbilanzdefizits der USA, wovon die Konjunktur im »Rest der Welt« abhing. Inzwischen wurde nun aber deutlich, daß diese »asymmetrische wirtschaftliche Konstellation« nicht ewig durchhaltbar ist. Es sei an der Zeit, so Huffschmid, sie durch »ein anderes politisches Arrangement zu ersetzen, das die Ungleichgewichte

schrittweise zurückführt« (S. 162). Gelingt es nicht, hier zu einvernehmlichen kooperativen wirtschaftspolitischen Lösungen zu kommen, so erfolgt die notwendige Korrektur eruptiv und unkontrolliert über den Markt, mit Hilfe der Spekulation und der Durchsetzungsmacht des Stärkeren. Dies gilt es zu verhindern, denn damit wäre die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise a la 1929/33 verbunden. Bei aller Plausibilität dieses Szenarios ist seine Herleitung doch nicht frei von Vereinfachungen und Schematisierungen, die einer ernsthaften theoretischen Prüfung nicht uneingeschränkt standhalten. Dies betrifft zum Beispiel den Geldbegriff des Autors (S. 165f.), der nicht klar zwischen Geschäftsbanken- und Zentralbankgeld unterscheidet, indem er letzteres mit dem Bargeld gleichsetzt und zwischen beiden Formen so etwas wie ein Deckungsverhältnis konstruiert. Auch bleibt offen, wie Geld außerhalb der Zirkulation existieren soll (S. 165) und was mit einer Flucht in »staatlich garantiertes Bargeld« heute gemeint ist (S. 167). Ob es für die heutigen Verhältnisse richtig ist, den »Kern jeder Finanzkrise« in einem »Mangel an Liquidität« auszumachen und dabei zwischen »echter« Liquidität und einer auf Buch- oder Kreditgeld bezogenen »Scheinliquidität« zu unterscheiden, darf bezweifelt werden. Hier stand offensichtlich noch das Goldgeld Pate, ein Geldsystem, das es aber seit fast einem Jahrhundert nicht mehr gibt und weshalb jeder Rekurs darauf die Gefahr von Fehlschlüssen impliziert.

Das Buch schließt mit Überlegungen zur Regulierung, Kontrolle und Demokratisierung der Finanzmärkte. Besonderen Stellenwert besitzt die im letzten Abschnitt vorgestellte »Europäische Reforminitiative« zur Stabilisierung und Reorganisation der Finanzmärkte (S. 246ff.). Es ist dies ein echter Baustein für eine neue Finanzarchitektur und Alternative zum neoliberalen Projekt einer immer weiteren Deregulierung und Destabilisierung der Weltwirtschaft.

Im Unterschied zu dieser Monographie handelt es sich bei dem zweiten Buch um einen Sammelband, womit sich die Bewegung *Attac Deutschland* den Lesern vorstellt und worin die Ergebnisse des Attac-Kongresses vom Oktober 2001 in Berlin dokumentiert sind. Mehr als 3000 Globalisierungsgegner

und -kritiker hatten an diesem Kongreß teilgenommen, vor allem junge Leute, und es wurde deutlich, daß sich hier eine ernst zu nehmende politische Kraft formiert. Attac ist inzwischen »zu einem Hoffnungsträger für all jene geworden, die sich mit der Zuschauerdemokratie nicht mehr zufrieden geben wollen, die die Nase voll haben, von immer wieder gebrochenen Wahlversprechen, gewendeten Parteien ... Attac artikuliert den Wunsch nach einem Politikwechsel« (S. 7 f.).

Der Band aber ist mehr als eine Dokumentation einer Konferenz. Er enthält nämlich eine Reihe von für das Verständnis der Attac-Bewegung ganz wesentlichen Beiträgen. Dazu gehört das *Manifest 2002*, das für das Selbstverständnis der Bewegung von großer Aussagekraft ist, ferner eine Reihe von Grundsatzreden, die 2001 in Berlin gehalten worden sind sowie zahlreiche Übersichten über die Akteure, deren Kontaktadressen und Quellen. Auffällig ist sofort, daß sich Attac von den etablierten Parteien, auch von den kleineren linken, durch eine Reihe von Besonderheiten unterscheidet. So zum Beispiel durch die Betonung ihres Charakters als Nicht-Partei und »Bewegung, die Aufklärung und Aktion nicht voneinander trennt« (S. 30). Das theoretische Konzept dieser Bewegung ist nicht immer klar erkennbar, in vielen Punkten bisher wohl auch gar nicht ausgearbeitet. Aber darauf kommt es den Aktivisten von Attac nicht an. Worum es ihnen geht, ist, sich offensiv dafür einzusetzen, »daß politisches Denken nach fast einem Vierteljahrhundert neoliberaler Gehirnwäsche sich wieder frei entfalten kann. Denn es sind die Ideen, die die Welt verändern.« (S. 31) Diese »Ideen« aber bedürfen, wenn sie mehr sein sollen als »Befindlichkeiten«, Unmutäußerungen und Ausdruck diffuser »Sozialromantik«, einer Struktur, eines in sich konsistenten Konzepts. Nur so können sie im Meinungsstreit bestehen. Das Eingeständnis der Autoren, daß niemand von ihnen »fertige Konzepte für eine grundlegende politische und gesellschaftliche Alternative in der Schublade bereithält« (S. 135), muß daher als Schwäche interpretiert werden – und als Aufforderung, diese Alternativkonzepte mit auszuarbeiten. Eine Berufung auf »ein Denken in Utopien« (S. 139) darf nicht als ein Verzicht auf *Theorie* mißverstanden werden.

Was macht Attac – trotz dieser Schwächen – schon heute so attraktiv? Erstens die Internationalität der Bewegung. Zweitens, daß Attac »keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis sucht« (so macht man aus der Not eine Tugend). Drittens der inhaltliche Grundkonsensus der Bewegung, welcher in der Ablehnung der Globalisierung in ihrer gegenwärtigen, neoliberal dominierten Form und im Einsatz für einen sozialen Ausgleich in der Welt besteht (S. 19ff.) Attac besitzt zweifelsohne das Potential, zu einem bedeutenden Faktor bei der humanen und demokratischen Regulierung der Globalisierung zu werden. Es darf mit Spannung verfolgt werden, welche Erfolge die »neuen Weltverbesserer«, wie die FAZ kürzlich gehässig kommentierte, als nächstes verbuchen werden.

ULRICH BUSCH

Rainer Rupp,
Burchard Brentjes,
Siegwart-Horst Günther:
Vor dem dritten Golfkrieg,
edition ost im Verlag Das neue
Berlin 2002, 239 S. (14,90 €)

»Lets go«. Mit diesen Worten eröffnete George W. Bush am 20. März den Angriffskrieg gegen den Irak. Im Namen des Weltfriedens und »zum Wohle und für die Freiheit des irakischen Volkes« gab er den Befehl. Um 3.34 Uhr MEZ schlug die erste Cruise Missiles in Bagdad ein. Als im Oktober letzten Jahres dieses Buch erschien, war bereits absehbar, welche Ziele die USA mit ihren Forderungen nach einer uneingeschränkten Waffeninspektion im Irak verfolgten. Die von Hans Blix vorgelegten Zwischenergebnisse konnten die aggressive Kriegsstimmung nicht besänftigen. Alle Verhandlungen der UNO blieben erfolglos. Mit dem Alleingang der USA, ohne UNO-Mandat einen Krieg gegen den Irak zu führen, sollte nicht nur die Entscheidungsgewalt der UNO und deren Rolle, über die Legitimität von Krieg oder Frieden zu entscheiden, beeinträchtigt werden. »Die Drohung gegen den Irak gilt aller Welt, und der Einsatz der teuren

Waffen wäre zum einen ein reicher Gewinn für die Kriegsindustrie und zum anderen eine Machtdemonstration von globaler Bedeutung.« Deshalb ist dieses Buch eine Konfliktanalyse, die jetzt nicht weniger aktuell ist. Die drei Autoren, mit der Geschichte und den Verhältnissen der Region im mittleren Osten vertraut, untersuchen die wirtschaftlichen, geopolitischen und strategischen Zusammenhänge.

Einleitend schreibt Rupp im Kapitel »Es gibt nur eine Region, für die es sich zu kämpfen lohnt« über den Alleinanspruch des Demokratiebegriffes und das während der Jahrzehnte gewachsene Gefühl der US-Amerikaner, »Vorbild für alle Staaten und Völker zu sein«. Dieser Alleinanspruch läßt sich jedoch weder mit der Entstehungsgeschichte des Landes, die durch Völkermord und Vertreibung geprägt war, noch durch deren Mitwirkung in der Antihitlerkoalition begründen. »Die USA waren (und sind) eben nicht nur eine Gemeinschaft von Erzdemokraten, nicht nur *melting pot* von Menschen vieler Kulturen und Hort von *freedom and democracy*, sondern ein imperialistischer Staat.« Insofern dienen die meisten Aktivitäten, die unter dem Vorwand der Vorbildwirkung nach den Richtlinien selbstgerechter Justiz und Weltgendarmerie durchgeführt werden, der Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Interessen. Wie auch im zweiten Golfkrieg, ist eines der wichtigsten strategischen Ziele die Sicherung der Erdölvorkommen, wobei dabei die Unabhängigkeit von anderen Erdöl fördernden Staaten wie Saudi-Arabien angestrebt wird. Mit einem Verbrauch von täglich 17 972 000 Barrel ÖL (die Menge entspricht dem Gesamtexport Saudi Arabiens und Rußlands zusammen an einem Tag) müssen die USA etwa die Hälfte des benötigten Öls importieren. Der Irak, der weltweit mit über die größten Erdölvorkommen verfügt, soll durch seine Besetzung und vollständige Kontrolle einen »denkbaren Ausfall« der saudischen Öllieferungen kompensieren. Dieses Ziel sollte bereits 1991 realisiert werden. Jedoch hätte eine Eliminierung Saddam Husseins auch zu einem Zerbrechen des zentralistischen Regimes und zu einem Aufkeimen separatistischer Strömungen führen können, die die Errichtung eines unabhängigen Kurdenstaates zur Folge gehabt hätten;

»ein Alptraum für die Regierung in Ankara«. Also setzten sich die Türkei, Saudi-Arabien und Kuwait für die Erhaltung des diktatorischen Regimes Saddams ein. Die ersten beiden Golfkriege und die 1991 von der UNO verhängten Sanktionen gegen den Irak, machten ihn zu einem der unterentwickeltesten Länder (das Pro-Kopf-Einkommen lag bis 1990 bei 2 800 USD) mit der höchsten Kindersterblichkeit. Geändert hatte sich seitdem jedoch lediglich, daß sich das Regime von Saddam festigen konnte. Unter dem Motto der weltweiten Terrorismusbekämpfung planen die Amerikaner seit Jahren einen erneuten Angriff auf den wirtschaftlich und militärisch stark geschwächten Irak, denn »die Existenz einer sicheren amerikanischen Basis mitten in der arabischen Welt wird Amerika befähigen, alle Arabischen Regierungen einzuschüchtern« und die »Herrschaft über die ganze Region« zu gewinnen.

Im zweiten Kapitel beschreibt Brentjes die Entwicklung der Golfregion als die Wiege der Menschheit bis zur Rolle des Öls während des ersten Golfkrieges. Die zusammenfassende Darstellung einer 4 000 Jahre währenden Entwicklung der Kultur gibt auch einen wertvollen Einblick in die Zusammenhänge historisch gewachsener Abhängigkeiten infolge von Kriegen und Kolonisationen. Im frühen 19. Jahrhundert begann die Neuzeit des Petroleums in Rumänien und Galizien. Das zuvor für Lampen genutzte Walöl wurde durch Erdöl ersetzt und in den 50er Jahren begann das Ölgeschäft in Galizien zu blühen. Dort grub man nach Öl und verkaufte es nach Wien. Die USA nahmen sich dieser Geschäftsidee der Ölvermarktung an und gründeten 1953 Kompanien, die in einem nunmehr einsetzenden Konkurrenzkampf mit der Gewinnung von Kerosin »für Beleuchtungszwecke« begannen. Während des amerikanischen Bürgerkrieges (1863-1865) wurden die Förderung und der Export von Öl im eigenen Land gesteigert. Bereits fünf Jahre später gründete John D. Rockefeller die erste internationale Ölkompagnie, die »Standard Oil«. Mit der Entdeckung des Öls am Golf begann eine bis heute anhaltende Aufteilung der Region, die seinerzeit durch Großbritannien und Frankreich, jetzt jedoch hauptsächlich durch die Vereinigten Staaten vorangetrieben wurde

bzw. wird. Und es ist nicht nur das Öl, das seit seiner Entdeckung zu Kriegen geführt hat, sondern es ist auch das Öl, das letztlich über den Ausgang von Kriegen zu entscheiden vermochte. Der 1. Weltkrieg wurde mangels Ölreserven der deutschen Armee entschieden. Russen und Engländer verteidigten Baku, woher die Deutschen das Öl für die Industrie und Luftwaffe beziehen wollten, erfolgreich und erzwangen damit am 11. November 1918 die deutsche Kapitulation. 1944 begannen die Anglo-Amerikaner mit der Bombardierung von Betrieben zur Ölsynthese und die Zerstörung von Kampfflugzeugen und Zerstörern führte zu einer Benzinknappheit, die zum Ende des Krieges in Europa führte.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges verdrängten amerikanische Firmen in wachsendem Maße ihre Verbündeten, indem sie sich mit den Königen, Emiren und Präsidenten verbündeten und sie an den Gewinnen beteiligten. Amerika gewann die Vorherrschaft am Golf und will diese bis heute um keinen Preis verlieren. Diese Entschlossenheit bewiesen die USA, indem sie 1991 den Irak, nachdem dieser einige Monate zuvor Kuwait überfallen hatte, angriffen. Günther, Professor für Pathophysiologie und Tropenmedizin, beschreibt im dritten Kapitel die Folgen dieses Krieges für die Zivilbevölkerung. Am 12. Juni 1960 wurde Günther an die Medizinische Fakultät der Universität Damaskus in Syrien berufen. Er sah sich selber zumeist als einen politisch naiven Menschen, der sich im wesentlichen auf seine wissenschaftliche Tätigkeit konzentrierte. Dennoch wurde er oftmals unfreiwillig in Situationen involviert, die durchaus von politischer Brisanz waren. Dazu gehörten Kontakte mit westdeutschen Geheimdienstlern, die am Zustandekommen der Chemiewaffenproduktion im Irak beteiligt waren und die ihn für ihre Arbeit gewinnen wollten. Diese Waffen wurden im zweiten Golfkrieg 1991 »gegen Soldaten der NATO-Partner der Bundesrepublik Deutschland« und schließlich sogar gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Vier Wochen nach dem zweiten Golfkrieg wurde Günther in Bagdad gebeten, für ärztliche Tätigkeiten in den Irak zu kommen. Im Irak wurde er mit einem bis dahin unbekanntem Krankheitsbild, verursacht durch uranhaltige Geschosse, konfrontiert.

Deren legitimer Einsatz hat bis heute für die irakische Bevölkerung und die seinerzeit eingesetzten Soldaten auf beiden Seiten schwerwiegende gesundheitliche Folgen. Günthers Erfahrungsbericht ist eindrücklich und zugleich erschütternd. »Ich sah die zerstörten Kraftwerke, in denen sonst Strom zum Leben erzeugt wurde, und die zerfetzten Trinkwasseranlagen. Menschen schöpften aus den Flüssen das Wasser und tranken es unabgekocht, ... der ›saubere Krieg‹ hatte ... Zehntausend(en) Zivilisten das Leben gekostet. Allein bei dem Angriff auf den Schutzbunker al-Amariya in Bagdad starben anderthalb Tausend Menschen, darunter viele Kinder. Die Gluthitze hatte sie als Schatten in die Betonwände gebrannt.« Dieses Buch konnte als Mahnmal den dritten Golfkrieg nicht verhindern, aber es kann helfen, die wirklichen Gründe und Ziele dieses Krieges zu verstehen.

ANJA LAABS

Gerhard Roth:
Fühlen, Denken, Handeln.
Wie das Gehirn
unser Verhalten steuert,
Suhrkamp-Verlag Frankfurt a. M.
2001, 489 S. (29,80 €)

Der renommierte Bremer Professor für Verhaltensphysiologie Gerhard Roth hat mit dem hier besprochenen Buch die Fortsetzung des an die interessierte Öffentlichkeit gerichteten und weniger für Fachkollegen bestimmten Bandes *Das Gehirn und seine Wirklichkeit*¹ (1994) vorgelegt. Im dem breit rezipierten ersten Buch widmete Roth sich der Frage, »wie Erkenntnis entsteht, d. h. um die biologischen, evolutionsbiologischen und neurobiologischen Grundlagen der Wahrnehmung.« (S.9) In dem zweiten Buch schließt er daran an und versucht die Frage zu beantworten, »wie aus neurobiologischer Sicht Handeln entsteht und wer oder was dieses Handeln bestimmt.« (S.9) Nun könnte man meinen, daß es das beste wäre, die Menschen zu fragen, warum sie so und nicht anders handeln, was also ihre *Gründe* für ihre Taten sind; zu untersuchen

wäre vielleicht auch, ob die Gründe vernünftig oder unvernünftig sind. Nicht so Roth: Er widmet sich bei der Frage, warum Menschen so handeln wie sie es tun, nicht deren Gründen, sondern dem Gehirn. Daß Roth das Gehirn und seine Funktionsweise untersucht, wenn er etwas über das Handeln der Menschen herausbekommen will, liegt darin begründet, daß er dem Menschen die Freiheit des Willens abspricht – indem er den freien Willen so konstruiert, daß er nicht existieren kann: »Ein freier Wille (müßte) die Gültigkeit der sonst überall herrschenden Naturgesetze sprengen.« (S.14) Das müßte der freie Wille aber nur dann, wenn er als gottähnlich, allmächtig gedacht wird.

Wenn der Wille nicht frei ist, wodurch wird das menschliche Handeln dann bestimmt? Eben: Es »wird [...] in den Basalganglien durch Hemmung und selektive Enthemmung diejenige Handlung festgelegt, die in diesem Augenblick und in dieser Weise den vorgegebenen Intentionen am besten entspricht« (S. 418). »Wir können uns dies so vorstellen, dass vom Cortex bestimmte Ausführungsbestimmungen erfolgen, die dann durch die Basalganglien »überprüft« und in weiteren Details festgelegt werden« (S. 421 f.). Als Argument führt Roth in verschiedenen Varianten, naturwissenschaftlich bebildert und an Affen untersucht, die Tautologie »post hoc, ergo propter hoc« an. Sie hat nur den Mangel, daß das Nacheinander zweier Prozesse eben kein Argument dafür ist, daß der eine Prozeß aus dem anderen folgt. Bei Roth klingt das Argument »post hoc, ergo propter hoc« wie folgt: »Bei Libets Experimenten zur Beziehung zwischen Bereitschaftspotential und Willensakt wurden Versuchspersonen darauf trainiert, innerhalb einer gegebenen Zeit von ca. 3 Sekunden spontan den Entschluß zu fassen, einen Finger der rechten Hand oder die rechte Hand zu beugen.« (S.437) »Es zeigte sich ..., dass das Bereitschaftspotential im Durchschnitt 550 - 350 Millisekunden ... dem Willensentschluss vorausgingen, niemals mit ihm zeitlich zusammenfiel oder ihm etwa folgte.« (S.438) »Dieser Willensakt tritt in der Tat auf, nachdem das Gehirn (!) bereits entschieden hat, welche Bewegung es ausführen wird.« (S.442) Davon ausgehend, untersucht Roth Gedächtnis und Erinnerung, Denken,

Intelligenz, Kreativität: »Das Bewußte und das Unbewusste« (S.188 ff.), Gefühle und »starke Gefühle« wie Streß, Furcht etc. (S.283 ff.), die »Bildung des Ich und der Persönlichkeit«, Sprache und Verstehen und menschliches Handeln, kurz: wie der Titel ankündigt, die verschiedenen Arten der geistigen Betätigung immer unter dem Gesichtspunkt, inwiefern im Hirn die geistigen Tätigkeiten determiniert sind.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß Roth sein Thema verfehlt, wenn er für die Untersuchung der Geistestätigkeiten des Menschen nicht die Gründe dieser, sondern ausschließlich das menschliche Gehirn untersucht.

ALJOSCHA JEGODKA

1) Vgl. hierzu: Freerk Huisken: Zur Kritik Bremer Hirnforschung: Hirn determiniert Geist – Fehler, Funktion und Folgen, AStA Universität Bremen, Bremen 2003.

Hans-Dieter Heumann: Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus und Realismus.

Mit einem Vorwort von
Hans-Dietrich Genscher,
Olzog Verlag München 2001,
156 S. (12,80 €)

Wenn ein Diplomat zur Außenpolitik seines Staates schreibt und seine weitere diplomatische Karriere im Auge behalten muß, dann kann wohl nicht mehr herauskommen als der vorliegende Band. Der Versuch, diesen Pudding an die Wand zu nageln, ist zum Scheitern verurteilt. Unschärfe der Begriffe, das Operieren mit scheinbar festgefügt Kategorien der »westlichen Wertgemeinschaft« lassen kaum erkennen, was deutsche Außenpolitik bewegt, was sie vermag und was ihre wünschenswerten – nicht nur rhetorischen europäischen und multilateralen – Ziele sein mögen. Ohne klar die Interessen seines Landes respektive dessen politischer Klasse oder der wirtschaftlich Mächtigen (oder alternativer Kräfte) zu bestimmen, wird jede Darstellung im Dunst der

rauchenden Köpfe und Zigarren der Politiker und alsbald auch im Pulverdampf der die Außenpolitik und ihrer heute wieder verstärkter militärisch-gewaltsamen Austragung schemenhaft bleiben.

Nicht nur aus Verehrung für den langjährigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem gelben Pullunder kreiert Heumann den Begriff der »Liberalen Außenpolitik«, die weder einem abstrakten Idealismus noch einem drängenden Realismus unterworfen sei. Idealismus wie Realismus sind für ihn »falsche Alternaiven«. »Liberaler Außenpolitik« in diesem Selbstverständnis ist also das bestimmende Element deutscher Politik. Es ist immerhin so leistungs- und zukunftsfähig, daß es auch heute die Grundlinien der Außenpolitik verkörpert. Bewußt stellt Heumann eine Verbindung zu Fukuyamas *Ende der Geschichte* her, indem er auf die Einzigartigkeit des Liberalismus als nicht allein einer Theorie politischer Systeme verweist. Entscheidend sei seine Offenheit, der Verzicht auf Gesamtkonzepte. Der von vernünftigen Interessen geleitete Bürger ist wie auch der gleichartig agierende Staat Grundlage von Politik. Dabei gehe es nicht um ein Primat der Ökonomie über die Politik. Für Heumann sind zwar nicht die liberalen Grundbegriffe »Freiheit, Vernunft und Recht« unmittelbar auf die Außenpolitik übertragbar, aber aus ihnen können die Grundbegriffe »Liberaler Außenpolitik« abgeleitet werden: »Demokratie, Verantwortung, Multilateralismus, Europa und Friedlicher Wandel« (S. 16). Entlang dieser Begriffe erfolgt eine knapp gehaltene Darstellung (west)deutscher Außenpolitik bis 1989 und die Entwicklung der Grundlinien gesamtdeutscher Politik in der Gegenwart und für die Zukunft.

Fast folgerichtig wird diese Darstellung zur Beschreibung einer Erfolgsgeschichte. Gerade die Zäsur 1989 belegt für den Autor die Lebensfähigkeit eines solchen Konzepts, weil hier die zentrale Fragestellung wirksam wurde: Friedlicher Wandel. Immer wieder, nicht nur im Blick auf die Überwindung des sowjetischen Systems, sondern auch für die Gestaltung des künftigen Europa und der Welt wird herausgestellt, daß die Verbreitung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft das eigentliche Motiv und Ziel deutscher Politik seien. Ob die Gestaltung der Europäischen

Union oder die Transformation Osteuropas und anderer Regionen, sie werden immer wieder daran gemessen.

Damit wird die ganze Crux einer so begründeten Politik bereits deutlich – wenn kritisches, alternatives Denken zugelassen wird. Allein die perfekte westliche Demokratie mit ihrem Parlamentarismus und ihren nationalen Spielarten, aber auch mit ihren Grenzen und Verstößen wird zum Maßstab für jedes Land. Noch problematischer, weil gerade in der jüngsten Geschichte eben einem deutlichen Bedeutungswandel unterliegend, wird das Hohelied auf eine vermeintlich soziale Marktwirtschaft, die heute – nebenbei bemerkt gerade unter neoliberalen Vorzeichen – zum Marktradikalismus verkommen ist. Neoliberale Wirtschaftspolitik, entsprechende Kreditbedingungen und exportierte »Erfolgs«-rezepte potenzieren jene sozialen Widersprüche des Kapitalismus gerade in den Ländern, in die sie außerhalb der westlichen Metropolen exportiert werden. Nicht als Konfliktlösung, sondern als Konfliktauslöser wirkt solche »Marktwirtschaft« – egal, ob als Ideologie des freien Spiels der Marktkräfte oder der Globalisierung daherkommend oder mit den Institutionen von Weltbank, IWF oder normaler nationalstaatlicher respektive transnationaler Konzernaktivitäten direkt verbunden. Dazu kommt jener Menschenrechtsbezug, der Unteilbarkeit und Allgemeingültigkeit dieser Rechte letztlich doch von den westlichen Interessenlagen abhängig macht und die sozialen Menschenrechte in aller Regel ausschließt oder als nachrangig behandelt.

Daß unter diesen Vorzeichen der »Verantwortung« ein Hohelied bei der Rückkehr Deutschlands zu politischer Normalität gesungen werden muß, ist wohl zwangsläufig. In der Logik des Autors und der heutigen deutschen, westlichen Außenpolitik geht es dann selbstredend nicht um Interessen- und Machtpolitik, sondern selbstredend »nur« um die Durchsetzung der Menschenrechte. Und diese sind der »Kern Liberaler Außenpolitik« (S. 75), den es mit allen Mitteln zu verwirklichen gelte. Warum das dann doch so selektiv erfolgt, wie tagtäglich im Spannungsbogen von Kosovo, Afghanistan (vor und nach dem 11. September) oder China erfolgt, bleibt das metaphysische Geheimnis solchen Liberalismus, dem

nach Heumann ja gerade positiv die Metaphysik der großen Ideologen fehlt.

Das Herz des Lesers darf jedenfalls höher schlagen: »Wie in einer Katharsis haben die Kriege auf dem Balkan gezeigt, daß Verantwortungspolitik auch die Durchsetzung des Rechts mit den Mitteln der Macht bedeuten kann. Die militärischen Einsätze westlicher Staaten in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo ist eine Bestätigung der Verantwortungsethik, auch wenn für Deutschland Solidarität mit den Partnern im westlichen Bündnis ein nationales Interesse war. So schmerzhaft vor allem für Deutschland der Entscheidungsprozess auch war, die Bereitschaft zum militärischen Eingreifen hat Maßstäbe gesetzt, hinter die Europa nicht mehr zurückgehen kann.« (S. 145) Insofern ist es nur konsequent zu betonen, daß »die ›Stiftung‹ von Frieden ... ohne militärische Mittel nicht aus(kommt)« (S. 147).

Angesichts dieser »Exportpolitik« liberaler Werte bleibt letztlich nur die Hoffnung auf knappe Kassen, die die Finanzierung von Abenteuern erschweren. Und es greift die Erwartung, daß der ebenfalls beschworene Multilateralismus Alleingänge eines doch mächtigen Deutschlands einschränkt. Aber auch hier ist Vorsicht geboten: Multilateralismus wird als Alternative zum Nationalismus gesehen, aber ein globalisierter, imperialer Kapitalismus der westlichen Metropolen mit einer zentralen Rolle Deutschlands scheint hinter dieser Worthülse auf. Für eine zukunfts-fähige, friedliche deutsche Außenpolitik sind das denn doch schwache Sicherungen.

STEFAN BOLLINGER

Arne Heise (Hrsg.):
Neues Geld – alte Politik?
Die EZB im makroökonomischen
Interaktionsraum, Metropolis-Ver-
lag Marburg 2002, 400 S. (34,80 €)

Nachdem der Euro eingeführt worden ist und ungeachtet aller Kritik und böser Vorhersagen als Währung funktioniert, ist es im Lager seiner Gegner merklich ruhiger geworden. Das heißt

jedoch nicht, daß die Kritik verstummt wäre: Sie hat sich nur auf ein anderes Feld verlagert, auf das der institutionellen Grundlagen der Geldpolitik. Damit steht nun nicht mehr die Währung selbst im Fokus der Kritik, sondern das europäische Zentralbanksystem (EZB).

Im Unterschied zur Debatte über den Euro jedoch, welche öffentlich und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung geführt worden ist, erfolgt diese Diskussion eher verdeckt, als eine nur Fachleuten zugängliche und zumutbare Angelegenheit. Geht es dabei doch hauptsächlich um Fragen der praktischen Gestaltung der Geldpolitik, ihre Grundsätze und strategischen Konzepte sowie um Details des geldpolitischen Instrumentariums, seiner Anwendung, juristischen Ausgestaltung und technischen Umsetzung. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß mit dieser Publikation versucht wird, diesen engen Diskussionsrahmen zu durchbrechen und einige grundsätzliche Fragen der Geldpolitik zu thematisieren und im Rahmen einer makroökonomischen Betrachtung zu diskutieren. Es handelt sich bei diesem Buch also nicht um eine monetärpolitisch-introvertierte Analyse, sondern um eine thematisch eher breit angelegte makroökonomische Untersuchung, in deren Zentrum dann freilich aber doch die Geldpolitik steht, so wie sie sich unter den Bedingungen des europäischen Währungssystems aktuell darstellt. Dabei geht es den Autoren vor allem um eine Kritik des herrschenden Neomonetarismus und seiner wirtschaftspolitischen Explikationen sowie um die Herausarbeitung alternativer Konzepte.

Motiviert durch die immer deutlicher zutage tretenden negativen Begleiterscheinungen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik sehen die Autoren dringenden Handlungsbedarf, alternative Ansätze zu entwickeln und öffentlich zu machen. Zu diesem Zweck wurde ein Forschungsnetzwerk gegründet, welches, ausgehend von der keynesianischen bzw. postkeynesianischen Theorie, alternative Forschungs- und Politikansätze zusammenführt, um so eine »Überwindung der neoliberalen Konfusion« (S. 11) zu erreichen. Im Zentrum dieses Vorhabens steht die Analyse der Möglichkeiten und Grenzen makroökonomischer Politik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dazu werden (1) Fragestellungen der makroökono-

mischen Theorie sowie der konzeptionellen Grundlagen makroökonomischer Politik aufbereitet; (2) wird nach den institutionellen Voraussetzungen einer beschäftigungsorientierten makroökonomischen Politik gefragt. Dies impliziert einen interdisziplinären Forschungsansatz, worin volkswirtschaftliche und politikwissenschaftliche Fragestellungen miteinander verknüpft werden. Das Forschungsvorhaben insgesamt ist damit wesentlich breiter als der theoretische Rahmen dieses Bandes, welcher ausgehend von einem Workshop des Netzwerkes im Oktober 2001 ausschließlich monetäre Fragen behandelt.

In dreizehn Beiträgen diskutieren namhafte Autoren Ideen, Konzepte, Kritikpunkte und Alternativen des geldpolitischen Handelns. Grundtenor ist dabei die Einbettung der Geldpolitik in einen makroökonomischen Gesamtzusammenhang und Interaktionsraum, also die Betonung der Verantwortung der EZB nicht nur für die Preisniveaustabilität, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung. Dem liegt eine gegenüber dem originären keynesianischen Konzept signifikante Aufwertung (»Renaissance«) der Geldpolitik und entsprechende Zurücknahme der Finanzpolitik zugrunde – eine in letzter Zeit oft zu hörende These. Damit verbunden ist allerdings das Problem der Transmission der Geldpolitik in den realen Teil der Volkswirtschaft, eine Frage, womit sich die hier vereinigten Aufsätze schwerpunktmäßig auseinandersetzen. Konkret geht es dabei vor allem um die Analyse von Handlungsspielräumen der EZB unter den Bedingungen der Globalisierung und gleichzeitig fehlenden Akteure auf den Gebieten der Finanz-, Lohn und Sozialpolitik.

Im ersten Teil des Buches werden zunächst die monetären Transmissionskanäle beschrieben. Claus Köhler plädiert für eine Zielsetzung der Geldpolitik, die ein angemessenes Wachstum bei Sicherung von Preisniveaustabilität vorsieht. Als Benchmark dafür schlägt er ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von fünf Prozent vor, worin eine normative Inflationsrate von zwei Prozent eingeschlossen ist (S. 55). Daran an schließt sich ein Beitrag von Jochen Hartwig, worin monetäre Transmissioneffekte anhand eines postkeynesianischen Simulationsmodells für die Schweiz dargestellt werden.

Im zweiten Teil wird die Geldpolitik der EZB näher beleuchtet. Zunächst die sogenannte Zwei-Säulen-Strategie, welche den neoklassisch-monetaristischen Ansatz einer Geldmengensteuerung mit dem keynesianischen Konzept einer diskretionären Geldpolitik zu verbinden sucht und dadurch, so die Autoren (Michael Heine und Hansjörg Herr), an Glaubwürdigkeit verliert (S. 91 ff.). Dann fragt Wolfgang Schröder nach den volkswirtschaftlichen »Kosten«, die durch Inflation und Deflation entstehen. Der Autor zeigt, daß es einen klaren signifikanten Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und dem Wachstum gibt, wobei der Volatilität der Inflationsraten dabei eine große Bedeutung zukommt. Er spricht sich letztlich für eine moderate Inflationspolitik der EZB aus (S. 154). Wolfgang Filc widmet seinen Beitrag der Tatsache, daß heute vor allem Zinssätze und Preise an den Vermögensmärkten im Zentrum geldpolitischer Strategien stehen (S. 157 ff.). Daraus leitet er interessante und theoretisch neuartige Überlegungen hinsichtlich des Zusammenhangs von Geld- und Beschäftigungspolitik ab.

Im dritten Teil des Bandes geht es ins Detail geldpolitischer Regulation. Das heißt, hier werden bankinterne Fragen, Interaktionsräume geldpolitischer Aktivitäten u. a. m. thematisiert. Der vierte und letzte Teil ist schließlich den institutionellen Rahmenbedingungen der Makropolitik in der Europäischen Union gewidmet. Die Schlußfolgerungen lauten dahingehend, daß der Geldpolitik sehr wohl ein Einfluß auf die Realökonomie eingeräumt wird und daß folglich eine einseitige, nur auf die Geldwertstabilität ausgerichtete, Geldpolitik Wachstum und Beschäftigung dauerhaft gefährden. Die Autoren machen aber auch ihre Zweifel deutlich, hier kurzfristig zu einer veränderten Weichenstellung und neuen Verantwortungszuordnung zu gelangen. Insofern erweist sich das Buch in der Tat als ein alternatives Diskussionsangebot an die Politik sowie als anregende Lektüre für alle an Geldpolitik Interessierten.

ULRICH BUSCH

Erhard Meueler:
 Lob des Scheiterns.
 Methoden- und Geschichtenbuch
 zur Erwachsenenbildung an der
 Universität, Schneider-Verlag
 Hohengehren Baltmannweiler
 2001, 238 S. (19 €)

In der sogenannten Leistungsgesellschaft zählt nur der Erfolg; Situationen des Scheiterns gilt es zu vermeiden, mindestens aber zu verleugnen und zu verschweigen. Den, der Erfolg hat, umgibt der Glorienschein des Siegers. Dem Verlierer flicht man keine Kränze.

In der Lebenswirklichkeit existiert natürlich ein enger Zusammenhang zwischen Erfolg und Niederlage. Auf Dauer Erfolg kann nur haben, wer in einem hohen Maße in der Lage ist, aus Situationen des Scheiterns Schlußfolgerungen zu ziehen. Mitunter ist es sogar sinnvoll, Situationen des Scheiterns bewußt zu organisieren – mit dem Ziel, Lernprozesse zu provozieren.

Meueler stellt solche Überlegungen an den Anfang seines Buches über Methodik der Erwachsenenbildung und macht damit neugierig. Die Resultate, die in der wissenschaftlichen Diskussion um Erwachsenenbildung in den vergangenen vierzig Jahren erarbeitet wurden, setzt er in Beziehung zu seinem Herangehen, seinen Erfahrungen, seinem Scheitern, aber auch zu seinen positiven Ergebnissen und Erfolgen auf diesem komplizierten Arbeitsgebiet. Wer Meueler selbst als Vermittler von Methoden der Erwachsenenbildung erlebt hat, dem erschließt sich mit dem Buch eine tiefere Einsicht in Eigenheiten dieser Art von Bildungsarbeit.

Die *politische* Erwachsenenbildung ist ein besonderes Feld. Denn sie hat unmittelbar mit den gravierenden Vorgängen in den politischen Entwicklungen der Gegenwart zu tun. Unübersichtlichkeit, Terror, Schwierigkeiten beim Umgang mit traditionellen Werten und alternativen politischen Vorstellungen, Zukunftsunsicherheit – mit all dem muß politische Bildung angemessen umgehen. Politische Bildung, verstanden als freiwillige Eigenleistung der Teilnehmenden, setzt Angebote voraus, welche die Interessentinnen und Interessenten

in einer Art und Weise ansprechen, die diese Eigenleistungen herausfordert.

Das Interesse an politischer Bildung ist laut der Studie von Karsten Rudolf *Politische Bildung und Markt* deutlich größer, als es Einrichtungen, Träger politischer Bildung zur Zeit mit ihren Angeboten befriedigen. Ganz offensichtlich ist es nötig, immer wieder neue Wege aufzuspüren. Seit mehr als zwölf Jahren selbst mit politischer Erwachsenenbildung beschäftigt und ständig auf der Suche danach, wie sich interessierte Menschen Wissen über Politik und Gesellschaft aneignen können, nahm ich dieses Buch mit besonderen Erwartungen zur Hand. Meueler formuliert sein Anliegen so: »Als *Cantus firmus*, als Hauptmelodie im kontrapunktischen Satz dieses Buches erscheint mir folgendes: Ich habe zeitlebens darunter gelitten, dass mich Leute mit Druck belehren wollten. Also habe ich mir immer wieder darüber Gedanken gemacht, wie es gelingen kann, Erwachsene in dem zu bestärken, was sie schon können, und sie dazu zu verführen, verschüttete Fähigkeiten, z. B. der Imagination, wieder zu entdecken, vorhandene Fähigkeiten bewusst weiter zu entwickeln und selbst mehr Verfügung über ihre Lebensbedingungen zu erlangen. Anders formuliert: Mir geht es darum, auf vielfältige Weise zur Bildung der Studierenden beizutragen. Dabei steht Bildung *als Chiffre für Selbstbildung, Selbstbestimmung, Selbstermächtigung, kurz: Subjektentwicklung.*« (S. 6)

Mit diesem Anspruch widmet Meueler sich der Didaktik, der »Lehre von den zu lehrenden Dingen«. Beeindruckend beschreibt er seine Wege zur Didaktik, die immer auch durch Situationen gravierenden Scheiterns hindurchführten. Jede und jeder, die bzw. der sich verantwortungsbewußt mit Erwachsenenbildung beschäftigt, stellt sich die Frage: Wie übe ich diese Tätigkeit anspruchsvoll aus, wo lerne ich mein »Handwerk«? In den seltensten Fällen sind erfolgreiche Erwachsenenlehrer ausgebildete Pädagogen. Meueler beschreibt sie als Autodidakten, die aus den unterschiedlichsten Tätigkeiten und Berufen bewußt zur Erwachsenenbildung gekommen sind. »Bildung kann zustande kommen in der alltäglichen privaten Lebensbewältigung, auf berufliche Anforderungen hin, aber auch im Gefolge eigens arrangierter Lerngelegenheiten, die nicht wie

Schulunterricht organisiert sind.« (S. 54) Der erstgenannte Faktor ist für Meueler besonders wichtig. Lernstrategien, die bei der Lösung schwieriger Lebensprobleme erworben wurden, will er bewußt machen und für Bildungsprozesse aktivieren. »Trotz solcher Erfahrungen bemüht sich der autodidaktisch vorbereitete Erwachsenenbildner um Professionalität. Er verfügt über berufliches und systematisches Fachwissen.« (S. 56) Eindrucksvoll schildert der Autor anhand von Seminarverläufen seine Erfahrungen an der Hochschule, selbstbestimmtes und selbstgesteuertes Lernen erfahrbar zu machen.

Zwei große Kapitel widmet Meueler dem Kreativen Schreiben und dem Kreativen Lesen. Vor allem auf die wissenschaftliche Arbeit gerichtet, vermittelt er auch für die politische Bildung respektive für das Schreiben und Lesen von politisch anspruchsvollen Texten wesentliche Anregungen. Interessant ist dabei die Kombination konventioneller Schreibtechniken mit Formen des Kreativen Schreibens. Während in Japan und den USA seit mehr als zwanzig Jahren eine wissenschaftliche Schreib-Lernoffensive als Teil der Hochschulreform betrieben wird, ist das in Deutschland kein relevantes Thema (vgl. S. 133/134). Nicht nur aus Meuelers Bestimmung der Ziele seiner Veranstaltungen zum »Kreativen Schreiben« (S. 133) und den Schreibwerkstätten als Einübung in die alltägliche Kulturarbeit zieht der Leser bzw. die Leserin Gewinn, sondern auch aus Meuelers eigenen Zugängen zum Kreativen Schreiben. So z. B. wenn er sagt: »Ich schreibe fortan nur noch über Themen und Probleme, die mich intensiv interessieren.« Das schließt für ihn auch fremde Genres wie den Kriminalroman ein. »Die Risiken einer subjektorientierten Erwachsenenbildung sind größer als in instrumentell organisierten Lernverhältnissen, aber die Befriedigung, die ein gelingendes kooperatives Lernen auslöst, in dem die Lernfortschritte meines Gegenübers mit Genugtuung erlebt werden, gleicht dies wieder aus.« (S. 171) Wie gesagt: Professor Erhard Meueler ist in der Hochschulbildung tätig und zieht daraus seine Erkenntnisse. Für die politische Erwachsenenbildung gelten vorwiegend andere Voraussetzungen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen, um ihr politisches Wissen zu erweitern, interessante

Referentinnen und Referenten zu erleben sowie mit Menschen zusammenzutreffen, die Lernprozesse durch angenehme soziale Kontakte befördern. Hier sind instrumentell organisierte Lernprozesse die Ausnahme. Wenn politische Bildung ihre gesellschaftliche Aufgabe tatsächlich erfüllen und nicht in Zeiten knapper Kassen aus finanziellen Gründen abgebaut werden soll, sind die Erwachsenenbildner gezwungen, ganz neue Wege zu gehen. Lob des Scheiterns bietet Denkansätze, die dabei unverzichtbar sind.

EVELIN WITTICH

Hartmut Häußermann,
 Andreas Kapphan: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?
 Sozialräumlicher Wandel seit 1990. 2. überarbeitete Auflage,
 Leske + Budrich Opladen 2002,
 292 S. (22,50 €)

Die Stadt Berlin ist pleite. Die finanzielle Situation anderer deutschen Großstädte ist ebenfalls prekär. Dabei sollten die Großstädte in Zeiten der Globalisierung zu Partnern von Großunternehmen in Sachen Standortbedingungen aufsteigen. Sie hätten für günstigere Standortbedingungen zu sorgen und somit indirekt für mehr Beschäftigung. Aufgrund ihrer Finanzkrise sind sie jedoch vielmehr den Kräften der Globalisierung ausgeliefert.

Globalisierung bedeutet eine Ökonomie ohne Grenzen aber mehr Verflechtungen. Und »mehr Verflechtung bedeutet paradoxerweise mehr Ungleichheit«. In keiner anderen deutschen Stadt ist die wachsende Ungleichheit so deutlich festzustellen wie in Berlin, nicht zuletzt aufgrund der historischen Entwicklung, die von Häußermann und Kapphan, beide Humboldt-Universität zu Berlin, in ihrem Buch untersucht worden ist.

In den ersten Kapiteln werden die historischen Hintergründe für die vorhandenen sozialräumlichen Strukturen Berlins beschrieben – von der industriellen Verstädterung bis zu den Jahren der Teilung. Als die Frontlinie des Kalten Krieges durch die Stadt lief, wurden beide Stadthälften von der internationalen Po-

litik instrumentalisiert. Ost-Berlin wurde zur Hauptstadt der DDR umgestaltet, worin riesige Plätze und Straßen für den Aufmarsch der Massen als »Bühne für die Darstellung der neuen Volksdemokratie« (S. 62) dienen sollten. Jenseits der Grenze wurde West-Berlin als »Schaufenster der freien Welt« (S. 72) durch Subventionen aus dem Bundeshaushalt am Leben erhalten. Die zentralen Kapitel beschäftigen sich mit dem sozialräumlichen Wandel in Berlin nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Regulierung und nach zehn Jahren Sanierungspolitik. Anhand zahlreicher statistischer Daten, ihrer detaillierten Auswertung und vertiefter Untersuchungen von einzelnen Stadtteilen, wird die Stadt auf neue Entwicklungen, Trends und deren Hintergründe analysiert. Die relevantesten Folgen sind einerseits ein »beachtlicher Erneuerungs- und Modernisierungsgrad der Altbausubstanz« von ca. 40 % (S. 197) und andererseits eine zunehmende »sozialräumliche Polarisierung der Bevölkerungsstruktur nach Einkommen und Lebensstilen« (S. 150). Haushalte, die es sich leisten können, verlassen die ungeliebten Stadtteile – nicht nur aus ökonomischen Gründen. Die Entmischung der Bevölkerung führt zu einer Konzentration von armer Bevölkerung mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Sozialhilfedichte und somit zur Bildung von »Milieus der Verlierer« (S. 151)

Die soziale Marginalisierung und die daraus entstehenden Konflikte haben in Berlin noch nicht das Ausmaß erreicht wie in manchen Stadtteilen in den USA oder Frankreich. Diese Prozesse können jedoch »zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung führen« (S. 232). Unter der Modernisierungsperspektive des Sozialstaates ging man davon aus, daß Arme und Marginalisierte durch das ökonomische Wachstum wieder einbezogen werden. Die Frage war, ob zusätzliche staatliche Interventionen diesen Prozeß beschleunigen sollen oder nicht. »Anders ist die Situation heute: Die bisher selbstverständlich funktionierenden Integrationsprozesse über Arbeitsmarkt und Sozialstaat sind brüchig geworden, statt quasi-automatischer Integration droht den Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung.« (S. 234) Kritiker wiesen auf eine zu pessimistische Sicht hin. Meines Erachtens ist es jedoch realistisch.

TERESA ZAVALA

Vida Obid, Mirko Messner,
Andrej Leben:
Haiders Exerzierfeld.
Kärntens SlowenInnen in der
deutschen Volksgemeinschaft,
Promedia Wien 2002, 167 S.
(13,90 €)

Der Titel des Buches ist seine größte Schwäche. Lenkt er doch den Leser auf eine falsche Fährte. Haider, Österreich, Rechtspopulismus. Wer aber denkt, und der Titel weist in diese Richtung, die Autoren analysierten das Phänomen des österreichischen Rechtspopulismus, der irrt. Der schlagzeilen-trächtige Name des »bad guy« der Politik des Alpenlandes dient hier wohl auch als verkaufsträchtiges Instrument. Der Untertitel hingegen deutet an, womit sich Obid, Messner und Leben auseinandersetzen, nämlich mit der genauen Darstellung österreichischer Minderheitenpolitik am Beispiel der (Kärntner) Slowenen. Mit Hilfe einer gelungenen Policy-Analyse beleuchten sie das komplexe Geflecht von Akteuren, Institutionen und Organisationen und ihrer Handlungsweisen. Geschichtliche, juristische und kulturell-sprachliche Aspekte werden herausgearbeitet. Ein Buch mit hoher Dichte. Für 167 Seiten vielleicht eine zu hohe Dichte, die die Autoren anstreben. Zumal Jörg Haider ab 1976 in Kärnten gewirkt hat und an ihm sowohl in der Kärntner Landespolitik als auch für die Autoren kein Weg vorbei führt. Ein zweites Thema also, das neben die Policy-Analyse der Minderheitenpolitik tritt. Und die Sicht darauf versperrt.

Einige von den Autoren verfaßte Thesen verlassen den Pfad der Wissenschaft und gleiten in Polemik ab. Beispielhaft hervorgehoben sei hier die Charakterisierung Haiders als eines trotzens und pubertierenden Kindes, weshalb er, Haider, nicht bei den Frauen ankäme (S. 51). Neben dieser sehr subjektiven Meinung wird auf derselben Seite die voranschreitende Haiderisierung Österreichs konstatiert, ganz Österreich wird Kärnten. Die armen österreichischen Frauen, assoziiert der Rezipient. Diese Thesen jenseits der politischen und wissenschaftlichen Korrektheit, das aufstürzende I andererseits, gelegentliche

Redundanzen (z. B. die mehrmalige Verhandlung des Ortstafelsturms S. 23, S. 44, S. 137) machen es dem Leser nicht leicht, eine wohlwollende Balance zu finden. Dennoch hat dieses Buch seine guten Seiten. Die detaillierte Aufschlüsselung der Förderung der slowenischen Kultur durch das EU-Mitglied Österreich, die anschauliche Darstellung der Problematik durch Interviewausschnitte ›unbeteiligter‹ Bürger, beteiligter Politiker und ›objektiver‹ Medien, mit denen die Kapitel häufig eingeleitet werden, die Schilderung konkreter rassistischer Übergriffe und Repressalien verleihen dem Buch die notwendige Authentizität, um es dem unvoreingenommenen und unverbildeten Leser nahe zu bringen. Die historischen, juristischen und kulturell-sprachlichen Aspekte, die näher beleuchtet werden, können für Ethnologen und Philologen von großem Interesse sein. Für die Mehrzahl auch politisch interessierter Leser dürfte dieses Buch jedoch kaum in Frage kommen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Joachim Bischoff, Sebastian Herkommer, Hasko Hüning:
**Unsere Klassengesellschaft.
 Verdeckte und offene Strukturen
 sozialer Ungleichheit,**
 VSA-Verlag Hamburg 2002,
 242 S. (17,80 €)

»Unsere Klassengesellschaft« – ein merkwürdiger Titel, auch wenn er auf einen zustimmend zitierten *Zeit*-Artikel rekurriert. Das besitzanzeigende Pronomen mutet anstößig an – wem gehört die Klassengesellschaft? Treffender ist da schon der Untertitel. Im öffentlichen Diskurs ist verbreitet die Rede davon, daß zu wenig Ungleichheit herrsche, daß gerade zu viel Gleichheit alle Probleme des Sozialstaates und des »Standortes Deutschland« verursache. Soziale Ungleichheit zu benennen und zu kritisieren mutet unzeitgemäß an gegenüber einem Zeitgeist, der nicht nur von liberalen und konservativen Apologeten der Ungleichheit beherrscht wird, sondern dem auch auf dem 3. Weg herumirrende Sozialdemokraten huldi-

gen, etwa, wenn sie die Renten- oder Krankenversicherung entsolidarisieren oder längerfristig Arbeitslose dauerhaft ausgrenzen bzw. verhartzen.

Wie die Autoren konstatieren, ist es eben die derzeit stattfindende neoliberale Revolution, die Klassengegensätze und Klassen überhaupt wieder offen zutage treten läßt. Betrieben wird von Bischoff et al. eine parteiliche Soziologie der sozialen Ungleichheit, deren Stärke in einer soliden kritischen Auseinandersetzung mit anderen Konzeptionen besteht. Indem im historischen Längsschnitt sowohl Empirie und Theorie der sozialen Ungleichheit aufgearbeitet als auch gängige soziologische Ungleichheitsanalysen verglichen werden, schaffen die Autoren die Basis für eine – freilich recht nüchterne und ernüchternde – Empfehlung für eine Politik gegen die zunehmende Ungleichheit. Gerichtet an die Gewerkschaften wird das Ende der Bescheidenheit bei der Tarifpolitik, der Kampf um die Stärkung der Gewerkschaftsrechte inner- und außerbetrieblich, eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme sowie eine Reanimation von genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Alternativen zur kapitalistischen Produktion gefordert, kurz: es wird die Agenda linker (Sozial-)Politik beschrieben.

Da Prognosen immer schwierig sind (vor allem, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen), sind – für soziologisch bzw. politökonomisch vorgebildete Leser/innen – die soziologischen Texte mit größerem Gewinn zu rezipieren. Erleichtert würde dies freilich durch eine redaktionelle Straffung des von Wiederholungen, teilweise ausufernden Marx-Zitaten und Inkongruenzen nicht freien sowie nicht überzeugend gegliederten Buches.

Im einleitenden, von Sebastian Herkommer verantworteten Kapitel wird unter der Überschrift »Die Aktualität der Klassenanalyse« zunächst der soziologische Diskurs zur Ungleichheitsforschung rekonstruiert. Es gehe darum, so das Fazit, angesichts teilweise quer zu alten Klassenspaltungen verlaufenden Ungleichheiten, »den Unterschied zwischen Ausbeutung und Ausgrenzung« zu klären. (S. 21) Dazu müsse das traditionell theorielastige marxistische Instrumentarium der Klassenanalyse erweitert werden, indem es von einem Denkmodell zur Anleitung für empirische Un-

tersuchungen umgebaut werde. Dazu sollen »bürgerliche« Schichtenanalysen und Milieustudien in eine sozioökonomisch orientierte Klassenanalyse integriert werden. Dieser strategischen Zielsetzung ist wohl geschuldet, daß gelegentlich umstandslos und offenbar synonym sowohl von »Klassen« als auch von »sozialen Schichten« gesprochen wird, u. a. dann, wenn der Zusammenhang von Klassenanalyse und Politik verhandelt wird.

Im zweiten, wesentlich umfangreicheren Kapitel entwickelt Joachim Bischoff den Klassenbegriff weiter, freilich unter starker Betonung ökonomischer Aspekte. Er besteht darauf, daß trotz aller zugestandenen Individualisierung die deutsche Gesellschaft immer noch primär durch die Teilung der Arbeit konstituiert werde, Ökonomie mithin für die meisten Gesellschaftsmitglieder bestimmend für ihren Status und ihre Lebenschancen sei. Auf der Erscheinungsebene zahlen alle mit Geld, aber dessen Erwerb ist konkurrierend organisiert, im Kern immer noch aus abhängiger Erwerbsarbeit oder aus verwertetem Kapital. Mit anderen Worten: Hinter der sich in der Verfügung über Geld ausdrückenden sozialen Ungleichheit sind Klassenverhältnisse verborgen. Diese differenzieren sich gegenüber der von Marx untersuchten Epoche aus und verändern sich gerade durch die Informationsrevolution erheblich. Die anders als im Fordismus nicht mehr ausschließlich an vergegenständlichte Arbeit, sondern tendenziell zunehmend an die Intelligenz von Informations- und Kommunikationsexperten gebundene Produktivkraft stehe nach wie vor unter der Verfügungsmacht des Kapitals resp. der »herrschenden Klasse«.

Der im ersten Kapitel angedeutete und als nach wie vor existent angesehene Zusammenhang zwischen Klassenlage und Wahlverhalten wird in Kapitel 3 vertieft. Untersucht wird der Einfluß der sozioökonomischen Lebenswelt auf das Bewußtsein der Individuen.

Hasko Hüning steuert das 4. Kapitel (Gender-Frage) bei. Es wird hier der sozialistisch-feministische Diskurs nachgezeichnet, indem Klassen- und Geschlechterverhältnisse verglichen werden. Kann als besonders emanzipiert gelten, daß auch dieser Aspekt von einem Mann bearbeitet wurde? Daß die Gleichberechtigung der Frau derart unverwirklicht sei wie hier angeprangert, liest Mann so scharf selten formuliert, und es wi-

derspricht auch den Erfahrungen des Rezensenten. Wir sind in der Geschlechterfrage zwar sicher nicht am Ziel, jedoch erheblich weiter als in diesem Text dargestellt.

Während Hüning die Klassenanalyse um die Genderperspektive ergänzt, erweitert Herkommer die nationale Sichtweise um eine europäische, indem er sich mit einflußreichen Makrosoziologien auseinandersetzt (Kapitel 5). Es handelt sich um Einführungen in kritischer Absicht u.a. in Arbeiten von Ralf Dahrendorf, Stefan Hradil oder Michael Vester und Reinhard Kreckel. Der kürzlich verstorbene geistige Vater von *Attac*, Pierre Bourdieu, wird als entscheidender Inspirator für eine Erneuerung der verflachten marxistischen Klassenanalyse gewürdigt. Bourdieus »zentrale These, daß der Raum der Lebensstile ein Raum der symbolischen Distinktionen ist und dem Raum der ökonomisch-sozialen Bedingungen sowohl Ausdruck verleiht als ihn auch zugleich reproduziert ..., hält daran fest, daß ein ... Vermittlungszusammenhang besteht zwischen den materiellen Verhältnissen und Beziehungen auf der einen Seite und ihrer Wahrnehmung und symbolischen Darstellung auf der anderen. Mit dieser These ist aber die große Chance verbunden, endlich Abschied zu nehmen von der in der marxistischen Tradition vielfach praktizierten Ineinsetzung von »Klasse« als Kürzel für das bestimmte Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit (Kernstruktur) und »sozialer Klasse« als einer realen Großgruppe mit weitgehend gleichartigen Erfahrungsgrundlagen und kollektivem, womöglich revolutionärem Bewußtsein der einzelnen Klassenmitglieder.« (S. 141)

Mit der abschließenden Skizze »Klassenanalyse heute« wird zum 6. Kapitel übergeleitet. Auch dieser Text besteht vornehmlich in der Kritik eines anderen Ansatzes, nämlich des von Michael Vester u. a. entwickelten Konzeptes Sozialer Milieus. Lesefreundlich wäre es, wenn die Autoren ihre vor Weiterentwicklung der Klassentheorie abschließend geschlossen vorgestellt hätten. Das scheiterte möglicherweise daran, daß versucht wurde, zu viele Aspekte zu bearbeiten. Die im Untertitel angekündigte Offenlegung verdeckter und offener Strukturen sozialer Ungleichheit wird geleistet, die Weiterentwicklung marxistischer Soziologie erfolgt jedoch nur ansatzweise.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Christian Höffling:
Korruption als soziale Beziehung,
Forschung Soziologie. Band 156,
Leske + Budrich Opladen 2002,
240 S. (25 €)

Glaukt man den gängigen Argumentationsmustern, wenn von den Ursachen für die nur allzu oft ausbleibenden Erfolge von »Entwicklungs«Projekten in der Dritten Welt die Rede ist, dann ist Korruption eine Erscheinung, die in vielen Ländern Regierung und Verwaltung gleichermaßen zersetzt hat und die als ein Hauptgrund für das Scheitern von Entwicklungsanstrengungen anzusehen ist. So verwundert es kaum, daß inzwischen weltweit »Korruptionsbekämpfung« als eines der wichtigsten Elemente von Good Governance (verantwortungsvoller Regierungsführung) angesehen wird. Angesichts dieser bemerkenswerten Einigkeit in den Anstrengungen, einem offensichtlich gravierenden gesellschaftlichen Mißstand ernsthaft den Kampf anzusagen, sind jedoch zwei Dinge um so erstaunlicher: Zum einen die Tatsache, daß das Phänomen Korruption weitgehend unbestimmt ist. In den sogenannten Entwicklungsländern werden deshalb oft soziale Verhaltensmuster, die anderen sozio-kulturellen Kontexten entstammen und die für europäisch geschulte Verwaltungsexperten schlicht undurchschaubar sind, dem Bereich korruptiver Beziehungen zugeordnet. Aber auch mit Blick auf die angelsächsisch-europäische Welt ist das Verständnis dessen, was als Korruption gilt, durchaus differenziert. Zum andern kommt hinzu, daß auch hierzulande korruptive Strukturen bereits derart tief in den gesellschaftlichen Raum eingelassen sind, daß sie schon beinahe als »normal« gelten. Den kleinsten gemeinsamen Nenner hat Christian Höffling in seinem bemerkenswerten Buch treffend so zusammengefaßt: »Von ›Korruption‹ hat jeder und jede von uns einen mehr oder weniger konkreten Begriff, eine zumindest ungefähre Vorstellung, und sei dies nur eine ebenso unbestimmte wie unabweisbare Assoziation von Amoralität« (S. 14). Höffling, dem es im Rahmen seiner Untersuchung vor allem darum geht zu zeigen, wie Korruption

als soziale Interaktion funktioniert – »daß auch abweichendes Verhalten sozial veranlaßt ist, ... also nicht einfach ›unsozial‹ und allein auf den bösen Impuls zurückzuführen ist...« (Luhmann; zitiert nach S. 24) – tut wegen dieser hochgradigen Unbestimmtheit gut daran, sich zunächst um eine Schärfung des Korruptionsbegriffs zu bemühen. Die von ihm herausgestellten Dimensionen des Begriffs, moralische Verwerflichkeit, qualifizierter Normenverstoß (eines Funktionsträgers) und strafbares Unrecht, führen ihn schließlich zu einer Definition, die Korruption faktisch auf den öffentlichen Raum des Verwaltungshandels beziehungsweise auf das »Zusammenhandeln« von Akteuren in diesem Bereich beschränkt. »Korruption soll heißen: eine *soziale Beziehung* zwischen individuellen Akteuren in den *Rollen von Amtswalter und Klient...*« (S. 25), die ein illegales, gegenseitig vorteilhaftes »persönliches Austauschverhältnis« von Leistungen und Vorteilen hergestellt haben.

Systematisch unterscheidet Höffling »drei Grundmuster« korruptiver Beziehungen: situative Korruption (zum Beispiel der Versuch, einen Polizisten zu bestechen, um den Verlust der Fahrerlaubnis zu verhindern), begrenzte Korruptionsbeziehungen (in der Regel zwischen zwei Personen) und schließlich korruptive Netzwerke. Aus dieser Typologie wird rasch ersichtlich, daß der abhängig beschäftigte »Normal«arbeitnehmer höchsten im ersten Grundmuster vorkommt. Die Masse und die von ihrem Gewicht her bedeutenden korruptiven Interaktionen entfallen offensichtlich auf das Beziehungsfeld von Behörden und Unternehmen (svertretern) bzw. Selbständigen. Hier geht es nicht darum, einen kurzfristigen persönlichen Vorteil zu erlangen, sondern darum, langfristig »mit der Verwaltung ins Geschäft« (S. 43) zu kommen, was sich in der Regel in einem Wechselspiel von Nötigung und Verführung vollzieht. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel im bekanntermaßen besonders »korruptionsanfälligen« Bauwesen, ist »korruptives Handeln« zur Ausschaltung von Konkurrenten zum Teil bereits zu einem alltäglichen Verhaltensmuster avanciert, so daß es »... nicht als abweichendes, sondern als konformes Verhalten erscheint« (S. 176).

Im Verlaufe seiner Untersuchungen zu Korruption als sozialer Beziehung – und als kri-

minelles Delikt – analysiert Höffling unter Auswertung einer Vielzahl von Fällen typische Korruptionskarrieren, Beziehungsmuster und schließlich auch Neutralisationstechniken, die es den Akteuren erlauben, ihr eigenes Verhalten vor sich selbst und der Gesellschaft zu rechtfertigen. Die Überlegungen zum letztgenannten Aspekt bilden auch den Schluß des Buches, das nach acht durchweg lesenswerten Kapiteln ohne eine wünschenswerte systematisierende Zusammenschau, faktisch mitten im Satz, endet.

ARNDT HOPFMANN

Ulrich Klemm:
Lernen ohne Schule.
Argumente gegen Verschulung
und Verstaatlichung von Bildung.
AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2001,
84 S. (8 €)

Die »Entschulungsdebatte« der 70er Jahre in die aktuellen pädagogischen und bildungspolitischen Debatten um die »Wissensgesellschaft« zu überführen, ist das Anliegen des Handbuchs. In kurzer und bündiger Form wird der Paradigmenwechsel der Bildungsgesellschaft skizziert, werden die neuen Leitwerte des lebenslangen, informellen und selbstorganisierten Lernens als grundlegende Transformation des schulischen Lernens aufgezeigt. Die sich vollziehende zeitliche und räumliche Entgrenzung von Lernen wird als ein unüberwindbarer Widerspruch zum System schulzentrierter Bildung erläutert. Die vom Autor vorgelegten Argumente gegen die Verschulung und Verstaatlichung von Bildung vollziehen hierfür einen »Seitenwechsel«: Statt die üblichen Klagen über den Rückzug des Staates anzustimmen, geht es um die falsche Evidenz, dass Lernen notwendig an die staatlich reglementierte und institutionalisierte Form »Schule« gebunden ist. Im Windschatten der neoliberalen Entstaatlichung des Bildungswesens agierend, soll so der »Mythos Schule« unterlaufen werden. Ein Terrainwechsel, der es erlaubt, sowohl die anti-pädagogische Anordnung des klassischen Lehrer-Schüler Verhältnisses ins Blickfeld zu neh-

men, als auch die Reproduktionsfunktion von Schule als Herrschaftsverhältnis zu thematisieren. Tatsächlich könnte in dieser Denkbewegung die Stärke des Buches liegen; zumal durch den Rückgriff auf die radikale Schulkritik Ivan Illichs (S. 20 ff.), die kritische Lerntheorie Klaus Holzkamps (S. 51 ff.), aber auch Ansätze anarchistischer Schulkritik (S. 19), grundsätzlich das Feld für eine ideologiekritische Diskussion eröffnet wird, die gegen den Strich der vorherrschenden (nicht zuletzt auch linken) Debatten geschrieben ist. Doch ein solches Vorhaben ist eine Gradwanderung, zwischen der Kritik und der Affirmation neoliberaler Transformation. Eine Herausforderung, die vom Autor nicht gemeistert wird und wohl auch gar nicht als solche angenommen wurde.

Exemplarisch der Umgang mit dem Stichwort »Schulautonomie« (S. 23 ff.) – aufgegriffen, um die seit Anfang der neunziger Jahre verhandelte Neubestimmung des Verhältnisses von Schule und Staat zu verdeutlichen: Der Autor skizziert stichwortartig die Bandbreite der Autonomiediskussion im Bildungswesen, sieht hierin die Chance einer Aktualisierung der Entschulungsdebatte, ohne dabei auch nur einen Gedanken an die Integration der Autonomieforderung in neoliberale Umbaustراتيجien zu verlieren. Statt hegemonietheoretisch die Widersprüche der Debatte an den Ausgang seiner Überlegungen zu stellen, werden diese durchweg entnannt. So wundert es nicht, daß die Forderung nach Entbürokratisierung und Deregulierung im Bildungswesen unhinterfragt übernommen wird. Diese unkritische Lesart setzt sich fort, wo von den utopischen Entwürfen der Entschulungsdebatte, die bei Illich immer auch an die Perspektive ökonomischer, politischer und kultureller Selbstverwaltung gebunden war, nicht viel mehr als das kommunitaristische Plädoyer für eine Verantwortungs- und Bürgergesellschaft (Etzioni) verbleibt (S. 39 ff.). Fahrlässig uninformiert auch der positive Bezug auf die »Homeschooling-Bewegung« in den USA (S. 22), wird diese doch in ihrer großen Mehrheit von der christlich-fundamentalistischen Rechten getragen (M. Apple: *Educating the »Right« Way*, 2001).

Fazit: Durch das unkritische Einlassen auf neoliberale Entstaatlichungsdiskurse und den

betriebenen Rekurs auf kommunitaristische Moralvorstellungen, wird dem Leser ein weiteres (bildungspolitisches) Fragment einer bei Anthony Giddens entliehenen »Dritter Weg«-Rhetorik geboten. Die Chance einer kritisch-emanzipativen Reformulierung der Entschuldungsdebatte wird in diesem Buch leider vertan.

ANDREAS MERKENS